

Bogdan Denitch

Lernen aus Jugoslawiens Tod: Nationalismus und Demokratie¹

Zorn, Mitleid und Sorge, mehr oder minder gleich dosiert, überwältigen mich, wenn ich die düsteren Aussichten für Demokratie oder irgendeine erträgliche und gerechte Ordnung in den Staaten sehe, die aus dem Schiffbruch des ehemaligen Jugoslawiens und in den meisten anderen postkommunistischen Ländern entstehen.

Der primitive Nationalismus und die politische Stümperei der mediokren Provinzgrößen, die in den beiden größten Republiken, Serbien und Kroatien, die politische Führung in die Hände bekamen, haben die Demokratisierung in Jugoslawien blockiert und zu ständigen Konfrontationen zwischen den herrschenden »Natiokratien«, zu dem blutigen Krieg auf kroatischem Boden im Sommer 1991 und zu dem weit blutigeren Gemetzel in Bosnien und der Herzegowina geführt. Serben und Kroaten sind jetzt Rivalen wie auch Komplizen bei einer stillschweigend vereinbarten Teilung jenes glücklosen Staates auf Kosten der muslimischen Slawen, der größten Bosniergruppe. Die Nationalisten und Separatisten, die die ersten freien Wahlen in Slowenien gewannen, sind auch nicht ohne Schuld. Sie brachen eilends eine bewaffnete Konfrontation mit der Bundesarmee vom Zaun, als sie Grenz- und Zollposten an der Landesgrenze eines noch existenten Jugoslawiens zu Italien und Österreich besetzten. Der Zweck, ein unabhängiger Separatstaat, heiligte für sie jedes Mittel. Das gab zum anderen keineswegs das Recht zum nachfolgenden Einmarsch der Armee in Slowenien; zudem waren Verfassung und Gesetze Jugoslawiens schon mindestens drei Jahre lang ständig von der nationalistischen serbischen Führung unter Slobodan Milošević, Serbiens Ministerpräsident seit 1986, gebrochen worden. Milošević war ein langgedienter kommunistischer Boß, der es verstand, den alten Partei- und Staatsapparat mit populistisch-nationalistischer Demagogie zu kombinieren. Besonders schwer wog, daß ihn die jugoslawische Armee unterstützte, das Frankensteinische Monster in der ganzen Geschichte. Zuverlässigen Quellen zufolge war die Armee mindestens ein Jahr vor dem endgültigen Zerbrechen des Staates im Juni 1991, dem Zeitpunkt der Intervention in Slowenien, tatsächlich zu einer unabhängigen Kraft geworden.

1 Zuerst erschienen in *Social Text*, No.43 (1993). Übersetzt von Joachim Wilke.

Das Scheitern der Invasion und die massive Zustimmung der politischen Meinung Europas und der Welt zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung Sloweniens ermutigten die kroatischen Separatisten, ihr Folge zu leisten, und machten so den Krieg in Kroatien unvermeidlich. Und als Kroatien, allerdings verstümmelt, seine Unabhängigkeit gewonnen hatte, war es nur eine Frage der Zeit, daß Bosnien-Herzegowina ebenso verfuhr. In einer jugoslawischen Rumpfföderation zu verbleiben, hätte für die muslimische und kroatische Mehrheit Bosniens nichts anderes als serbische Dominanz bedeutet. Ebenso klar war, daß sich die bosnischen Serben, fast ein Drittel der Bevölkerung, nicht willig mit einem Minderheitsstatus in einem Gebiet abfinden würden, in dem sie vor den Massakern des Zweiten Weltkrieges die größte ethnische Gruppe gebildet hatten. Die Armee mit ihrer starken serbischen Präsenz mußte zwangsläufig den bosnischen Serben solange Rückhalt gewähren, wie sie nur konnte. Das absehbare Ergebnis für Bosnien: ein monströser Bürgerkrieg im Verein mit einem Aggressionskrieg seitens Serbiens und der Armee.

Warum ließ sich die Armee, die über ausgedehnte Aufklärungsapparate verfügt, auf dieses Abenteuer ein? Die Antwort ist einfach und widerlich. Die aus kommunistischen Konservativen bestehende Führung war zwar darauf bedacht, Jugoslawien zu erhalten, aber mehr noch darauf, die kommunistische Macht zu behalten. Mit anderen Worten, sie war gegen ein dezentralisiertes, ökonomisch reformiertes und pluralistisches Jugoslawien - das einzige, das hätte überleben können. Die Armee stand in der Tat mindestens zweimal vor einem Putsch gegen das Bundesregime unter Markovic, einem Reformier, bevor dieses Regime im Sommer 1991 tatsächlich zusammenbrach. Fest überzeugt, in der Roten Armee, die sich einer anscheinend gleichen Situation in der Sowjetunion gegenüber sah, einen Verbündeten für dieses Vorhaben finden zu können, war die Führung daher vom Scheitern des August-Putsches bitter enttäuscht. Nach der Moskauer Niederlage standen die Armee und die Milosevic-Regierung in Serbien total isoliert da. Daher die Neigung zum Abenteuerertum.

In unterschiedlichem Grad sind all diese Cliques dafür verantwortlich, nationalistische Separatismen und Haß in einem Krieg entfesselt und mobilisiert zu haben, der die politische Demokratisierung und die ökonomische Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. Aber die serbische Führung, die in ihrer Bevölkerung und im intellektuellen Establishment starken Rückhalt besitzt, trägt den Löwenanteil an Verantwortung.

Zwar gab es auch anständige und kompetente Menschen; zumindest können die Präsidenten Makedoniens, Bosniens und der Herzegowina sowie Sloweniens mit Recht so genannt werden, obwohl sie die Katastrophe nicht zu verhindern vermochten. Aber wenn man sich die Führer ansieht, die in

Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion vor nationalistischen und populistischen Herausforderungen stehen, so finden sich darunter nur selten anständige und kompetente, geschweige denn erfahrene politische Führer. Für ein Einparteien-Regime war das jugoslawische politische Establishment in der Tat überdurchschnittlich kompetent - ein wirklich sehr erschreckender Gedanke.

Mit der Zerstörung Jugoslawiens haben die politischen Eliten der einzelnen Staaten den tatsächlichen Unabhängigkeitsgrad ihrer Völker drastisch verringert und sie bestenfalls langfristigen, mehr oder minder wohlwollenden gemeinsamen Schirmherrschaften der UNO und der Europäischen Gemeinschaft unterworfen. Abgesehen vielleicht von Slowenien, hat ihre separatistische Jagd nach engen nationalistischen Zielen jede Aussicht auf Beitritt zur EG auf unbestimmte Zeit vertagt. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben jetzt Vereinbarungen mit der EG abgeschlossen, die letztlich zur Aufnahme führen sollen. Um Jugoslawiens Mitgliedschaft stand es vor 1990-91 besser.

War das Ergebnis nationalistischer Selbstbehauptung den Preis wert? Waren die *nationalen* Klagen der verschiedenen Nationen Jugoslawiens - stets abgesehen von den Kosovo-Albanern - so akut, daß sie, aus Verzweiflung, extreme Maßnahmen verlangten? Wären nicht die meisten realen und eingebildeten ökonomischen und politischen Beschwerden viel leichter zu beheben gewesen, wenn Jugoslawien es geschafft hätte, in die EG zu kommen? Bis in die späten 80er Jahre schien es unterrichteten ausländischen Beobachtern keine wirklich unausräumbaren nationalen Beschwerden zu geben (die Albaner wiederum ausgenommen). Die Situation ließ sich mit der in Spanien nach Franco vergleichen, wo die überfällige Demokratisierung auch stärkere Tendenzen zu nationaler Behauptung und Autonomie erzeugte, wie im Fall Kataloniens. Aber hier wurde die Demokratisierung verzögert, um zunächst alle nationalen Fragen und Klagen zu regeln. Es gäbe kein demokratisches Spanien, wenn die Lösung der baskischen Nationalfrage Vorbedingung gewesen wäre. Manche nationale Fragen brauchen mehr Zeit als andere, aber sie können gewöhnlich von einer Regierung, die energisch und mit Unterstützung Europas auf Demokratisierung ausgeht, mindestens entschärft und leichter handhabbar gemacht werden.

In der Tat, vor den späten 80er Jahren schienen die behaupteten und sichtbaren nationalen Probleme der Kroaten, Serben, Slowenen, Muslime und Makedonier relativ geringfügig und marginal zu sein. Soziale, ökonomische, demokratische und Menschenrechts-Fragen waren ohnehin etwas anderes. In dieser Hinsicht gab es echten Grund zur Klage.

Die Zerstückelung eines (verglichen mit dem übrigen Osteuropa) relativ erfolgreichen Staates und seiner Wirtschaft in den 80er Jahren verschlimmer-

te eine schon übermäßige Abhängigkeit von bürgerfernen und demokratischer Kontrolle entzogenen internationalen und transnationalen Institutionen. In einem aufschlußreichen Artikel »Dschihad gegen McWorld«² hat Benjamin Barber argumentiert, *sowohl* der unpersönliche, unkontrollierbare Weltmarkt mit seiner nivellierenden Konsumenten-Kultur *als auch* der exklusivistische, antirationale und antimoderne Nationalismus seien jeder auf seine Art der Demokratie feind. Keiner von beiden unterliegt demokratischer Kontrolle durch die Bevölkerung, keiner fördert einen natürlichen politischen Austausch. Beide sind wesentlich antipolitisch und daher antidemokratisch.

Eine schrumpfende politische Partizipation im Verein mit zunehmender Intoleranz in den postkommunistischen Staaten belegen in der Tat eine vereitelte Demokratisierung.³ Politische Hilflosigkeit heckt Zynismus, und zu den Opfern des Zynismus gehört die Demokratie selbst. Die Verantwortung tragen sowohl die alten als auch die neuen politischen Klassen. Aggressiv hochstrebende Stümper, oft unkritisch unterstützt von einem Westen, der das Ende der kommunistischen Macht als Erlösung ansah, konnten bei postkommunistischen Urnengängen Volksvertreter-Mandate von ihren nationalistischen Wählern sowie von einem erheblichen Teil der Intelligenz erlangen. Diese Wählerschaften wollten ihren unterdrückten atavistischen und exklusivistischen Stammestrieben huldigen. Eine alte montenegrinische Redensart, im Nachkriegs-Jugoslawien als »Witz« kolportiert, sobald das Nachlassen der kommunistischen Repression solche »unkorrekten« Äußerungen zuließ, brachte die Sache auf den denkbar rohesten Nenner: »Wozu ist die Freiheit gut, wenn man keinem Moslem mehr den Hals abschneiden kann?«⁴ Viele von denen, die sich ein bißchen »harmloses« nationales Auftrumpfen gegenüber albanischen oder serbi-

2 B. Barber, »Jihad Against McWorld«, in *Atlantic Monthly*, März 1992.

3 Hexenjagden auf frühere Kommunisten wurden in mehreren Staaten Osteuropas zur gesetzlichen Einrichtung erhoben. In Jugoslawien erzeugten Politiker und Massenmedien ein Klima der Lynchjustiz durch Meuten, um jede vernünftige Darstellung des Befreiungskrieges der Partisanen aus der Welt zu schaffen. Hinter diesen Kampagnen stecken zuweilen frühere Kommunisten, die unter dürtiger Verkleidung weiterhin an der Macht sind.

4 Das pathologische Mißtrauen und der Haß gegenüber muslimischen Slawen, die bis auf ihre religiöse und kulturelle Identität nicht von ihren Nachbarn zu unterscheiden sind, verdienen ein Studium für sich. Das Phänomen erinnert an den Antisemitismus in Ländern, wo sich die Juden assimiliert hatten (Deutschland, Österreich). Doch es wurzelt auch in den fünf Jahrhunderten türkischer Herrschaft und dem dagegen geführten Wiedereroberungskrieg, der fast ein Genozid war und durch Heldenlegenden und Poeme verklärt wurde. Diese Stimmungen waren unter Serben und Montenegrinern leicht zu schüren, um sie zu mobilisieren. Wiederholte antimuslimische Äußerungen in der kroatischen Presse und von Präsident Tudjman zeigen, daß sie dort auch präsent sind. Dabei gehören die betreffenden Opfer zu den am stärksten säkularisierten Muslimen in aller Welt.

schen Minderheiten herausnahmen, machten etwas mit, was vielfach wirklich für politisches Theater gehalten wurde: ein Ausspielen politischer Leidenschaften, das nicht ernst gemeint war. Es sollte keine reale Wirkung auf Wirtschaft, Tourismus oder internationale Beziehungen haben: bloß ein bißchen nationaler Behauptungsdrang, der wohl nichts schaden konnte, nachdem die nun diskreditierten kommunistischen Herrscher jahrzehntelang feierlich-geschraubt darauf herumgeritten waren, daß Chauvinismus verboten und Nationalismus suspekt sei. Verständlich, sagten viele im Westen. Aber derartiges Theater kann tödlich sein, wie die spielerischen und zugleich mörderischen Fußball-Krawalle sowie die jüngsten Gewaltakte gegen Einwanderer in Westeuropa vorgeführt haben. Die unbedarfte Identitätspolitik in Westeuropa hatte viel gemein mit den Krawallen rivalisierender Fußballfans: die Politik des Spektakels, wobei das Spiel selbst, ganz wie die Politik in zunehmend mehr Gesellschaften, von Professionellen weitergemacht wurde. Das Publikum war zum Klatschen da. Bei der Leere ihres Lebens wollten die arbeitslosen und unterbeschäftigten Fußballfans mehr als bloß klatschen. Sie wollten Action, und so randalierten sie. Vergleichbare Gruppen in Kroatien und Serbien - manchmal genau die gleichen Gruppen, die Enthusiasten der Fußballklubs - wurden zum Kern der nationalistischen paramilitärischen Banden. Sie nahmen die Wahlen nicht ernst, sondern betrachteten sie nur als Mittel, um Dampf abzulassen, um den wirklichen Machthabern die Meinung zu geigen. Sie nahmen an, daß die Herrschenden ohnehin an der Macht bleiben würden.

Danach erwarteten die Wähler, jemand werde die Zügel straff ziehen, wie Tito, oder eine Einrichtung werde den unentbehrlichen Oberlehrer hervorkehren. Dieses Bild war ein Erbstück aus den Jahren autoritärer kommunistischer Herrschaft: die Völker Osteuropas hatten keine Erfahrungen mit verantwortlicher Politik, keine Gelegenheit zu lernen, daß es Folgen hat, was sie entscheiden und wen sie wählen. Politik war autoritäre Manipulation gewesen, leerer Schein, und die Folge war tiefer Zynismus (für die Marginalisierten und Armen im Westen muß Politik ebenso aussehen). Die Demokratie wurde in den postkommunistischen Staaten jedenfalls zu einer Form *expressiver Politik*. Sie hatte nichts zu tun mit politischer Verantwortlichkeit und Legitimität.

In Jugoslawien gibt es auch das Gefühl furchtbarer Vergeudung: von Ressourcen, von Möglichkeiten, vor allem aber der riesigen Opfer, der großen Mühen und Plagen, des Idealismus so vieler Menschen. Ein Großteil jenes Idealismus hatten Karrieristen und Bürokraten oder brutale Polizisten und Gefängniswärter ausgehöhlt. Bataillione ehemaliger kommunistischer Dissidenten wie Milovan Djilas erzählten immer wieder diese Geschichte. Dennoch sollte man nicht vergessen, daß gerade Idealismus und prome-

theischer Wahn ursprünglich viele zu dem Versuch inspiriert haben, eine moderne, egalitäre Kultur in den rückständigen und kriegsgeschüttelten Gesellschaften Osteuropas aufzubauen, so auch in Jugoslawien. »Real existierende« politische Alternativen zu den kommunistisch geführten Partisanen waren durch Passivität gegenüber den Nazi-Besatzern oder durch Kollaboration mit ihnen diskreditiert. Womöglich hätten nach dem Krieg von Offizieren dominierte serbische Offiziers-Juntas siegen können, wodurch die bewaffnete nationalistische Tschetnik-Bewegung General Draza Mihailovics die Oberhand bekommen hätte. Diese Alternative hätte nur nach einem langen Bürgerkrieg triumphieren können, wie nach dem zwischen Royalisten und Kommunisten von 1945 bis 1948 in Griechenland, und ein rückständiges und reaktionäres autoritäres Regime herbeigeführt. In der Tat wäre ein rechtsgerichtetes Regime in Jugoslawien wegen des Völkermordes, der aus den kommunalen Massakern im Zweiten Weltkrieg herrührte, *schlimmer* gewesen. Die Serben hätten das führende Element gebildet, und sie hätten nicht dem Teufelskreis nationalistischer Revanche und Gegenrevanche entrinnen können. Die Kommunisten hingegen repräsentierten keine nationale Einzelgruppe, und sie unterdrückten von Anfang an *alle* Nationalismen.

Der abstrakte Idealismus der jugoslawischen Kommunisten führte zu sehr grausamen Akten, die durch ihren Idealismus keineswegs zu rechtfertigen waren. Aber viele ergebene kommunistische Aktivisten und Partisanen haben schwer gelitten und tapfer gekämpft, ohne persönlichen Gewinn oder Aufstieg im Sinn gehabt zu haben. Die große Mehrheit *glaubte* voll Leidenschaft an den Aufbau eines Staates, in dem die verschiedenen nationalen Gruppen vollkommen gleichgestellt wären. Diese erste Generation machthabender Kommunisten wurde letztlich von denen verraten, für die die Revolutionen ein Weg zum persönlichen Aufstieg und zur Macht waren. Verraten wurden sie auch von dem großen Widerspruch in ihrer eigenen Ideologie: der Unvereinbarkeit der stalinistischen Version des Leninismus mit echter Volksmacht und Demokratie. Denn der Titoismus war von dem Moment an, wo er zu einer unabhängigen Variante des Kommunismus wurde, eine Geschichte wiederholter, letztlich erfolgloser Versuche, diesen Widerspruch zwischen einem zunehmend abgeschwächten, autoritären Leninismus und demokratischer Machtausstattung per Selbstverwaltung zu lösen.

Bis in die 80er Jahre hatten Theoretiker der jugoslawischen Partei fast vier Jahrzehnte lang mit verschiedenen Mischformen aus Dezentralisierung und Kontrolle der Partei (Bund der Kommunisten, BdKJ) experimentiert. Sie hatten halb-syndikalistische Arbeiter-Rätemodelle, eine drastische administrative Dezentralisierung bis zur Ebene der Kreisverwaltungen und eine

noch stärkere Autonomie für die Republiken und Provinzen eingeführt. Sie hatten auch verstärkt mit marktwirtschaftlichen Elementen in der Ökonomie und mit sehr weitgehender Dezentralisierung der Großunternehmen bis hin zu den »Basisorganisationen der assoziierten Arbeit« experimentiert. Der BdKJ hatte sogar, zögernd und inkonsequent, mit der Rücknahme seiner Direktkontrolle über Kultur und Kunst experimentiert. Diese Experimente brachten oft wirkliche Verbesserungen in den Machtbeziehungen auf der betrieblichen Mikroebene. Z.B. schränkte das jahrzehntelange Experiment mit der Arbeiterselbstverwaltung die Befugnisse der Manager erheblich ein und beteiligte sehr viele Arbeiter langfristig an der Leitung ihrer eigenen Betriebe. Aber all diese Experimente, die guten und die schlechten, hatten eine fatale Schwäche: sie waren ausnahmslos von oben herunter von einer Partei initiiert, die darauf bestand, ihr eigenes Machtmonopol zu erhalten. Sie verschafften, anders als im Kampf errungene Siege, kein echtes Gefühl der Machtausstattung.

Als Tito 1980 starb, hatten die Kommunisten faktisch auf die Kontrolle der großen Wissenschaftsakademien in Belgrad und Zagreb verzichtet, die zu Hochburgen traditionalistischer serbischer und kroatischer Nationalismen geworden waren. Die Universitäten und die Intellektuellen waren außer Kontrolle geraten, und der BdKJ hatte die großen Medien kaum noch in der Hand. Und dennoch behielt er das politische System starr im Griff wie ein Toter. Noch 1988 wollten liberale Reformer im BdKJ in Kroatien und Slowenien allenfalls ein »Parteilosen«-System zugestehen, worin die BdKJ-Mitgliedschaft nicht mehr erforderlich wäre, um für die Legislatur kandidieren zu dürfen. Parteilose Interessengruppen oder Bürger-Gruppen sollten sogar Kandidaten vorschlagen können. Was sie nicht akzeptieren wollten, war die Bildung rivalisierender politischer Parteien mit alternativen Programmen. Wie unsinnig war es, einen Schritt zur Demokratisierung ohne verantwortliche andere Parteien und Programme vorzuschlagen! Aber dieses Sich-Klammern an die Macht war zuhächst verantwortlich für den nachfolgenden katastrophalen Zusammenbruch.

Da jede normale Entwicklung einer verantwortlichen Opposition systematisch verhindert wurde, entstand eine intellektuelle und moralische Wüste, die für die über Nacht, scheinbar aus dem Nichts zur Prominenz gelangenden Scharlatane, Abenteurer und Demagogen zum fröhlichen Jagdgrund wurde, denn es blieb keine Zeit, um den politischen Machtwechsel in Meinungsstreit und gegenseitiger Kritik zu überprüfen. In der Tat bauten die nicht- und antikommunistischen »neuen« Politiker ihre Programme nicht aus leerer Luft zusammen. Sie griffen auf das zurück, was im Bewußtsein der Wählerschaft präsent war - und das war einer irgendwie demokratischen Politik im großen ganzen nicht zuträglich.

Die Kommunismus-Feindlichkeit der späten 80er Jahre,⁵ selbst unter den Nutznießern seiner Herrschaft, beruhte im übrigen auf einem »Echo-Effekt«, d.h. viele Leute reagierten auf den *allgemeinen* Zusammenbruch des Kommunismus im gesamten Block. Es kümmerte nicht, daß sich Verhalten und Ergebnisse des jugoslawischen kommunistischen Systems erheblich von denen des Kommunismus anderenorts unterschieden. Es wurde mit demselben Pinsel angeschwärzt, und die ambivalente Neigung einiger kommunistischer Ideologen wie auch Titos selbst, sich weiterhin mit dem Kommunismus als Weltsystem zu identifizieren, trug in der Vorstellung der Bevölkerung dazu bei, das jugoslawische System mit den übrigen auf eine Stufe zu stellen. Der Kommunismus galt nicht mehr als Woge der Zukunft, sondern jetzt als verschlissene, ineffiziente, unmodern gewordene Ideologie. Die Länder, die als ordentlich, progressiv und wohlhabend bewundert wurden, Westeuropa und ein zumeist aus Filmen und durch Konsumgüter bekanntes Amerika, waren entschieden *nicht* kommunistisch. Für die Jugend krankte der Kommunismus auch an der ärgsten aller Sünden - er war ganz einfach *langweilig*. Aus vielen Gründen (wobei Liebe zur Demokratie mit am geringsten zählte) war der Kommunismus für die Konsumenten-Ideologie nie attraktiv. Ihm wurde vielmehr alles angelastet, was die Gesellschaft plagte: wirtschaftliche Rückständigkeit, niedrige persönliche Einkommen, schwer erhältliche Konsumgüter, Verfall der traditionellen Werte, Respektlosigkeit der Jugend, unterdrückte nationale Beschwerden und Ressentiments, schlechte Arbeitsmoral und alles übrige, was daran hinderte, daß das Leben in den jugoslawischen Republiken dem in einem stark idealisierten Westeuropa glich. Andererseits galten all die Fortschritte, die jeder mehr als Vierzigjährige sehen konnte, als Produkt nicht der Modernisierungspolitik der jugoslawischen Kommunisten, sondern der harten, nicht gewürdigten Arbeit der Bürger der eigenen ausgebeuteten Republik und Nation.

In der Annahme, daß der Feind ihres Feindes ein Freund sein müsse, wandten sich die Leute der nationalistischen Rechten als Alternative zu, ohne viel vom Programm der Rechten zu wissen oder sich darum zu scheren. Die Zentristen und Liberalen konnten keine leidenschaftliche Zustimmung wecken, und die demokratische Linke war schwach, zersplittert und durch die Ähnlichkeiten ihrer Rhetorik mit jener der kommunistischen Reformer

5 Nicht zu vergessen ist, daß sich die Kommunisten trotz der gegen sie gerichteten Feindseligkeiten bei den ersten freien Wahlen im Jahre 1990 in *allen* Republiken beachtlich hielten, tatsächlich in drei Republiken siegten (Serbien, Montenegro und Makedonien) und in zwei anderen zur größten Oppositionspartei wurden. Allerdings hat sich die serbische Partei zu einer Organisation entwickelt, die das positive Erbe der jugoslawischen Kommunisten verworfen, die repressiven Aspekte und die politische Polizei aber beibehalten hat.

kompromittiert. Streitereien zwischen Reformern und Hardlinern in der Partei hatten diese ein Jahrzehnt lang gelähmt. Was die nationalistische Rechte angeht, so überraschte es kaum, daß die am leichtesten greifbaren und leidenschaftlichsten Politiken von den Emigranten offeriert wurden. Sie hatten aus der Zwischenkriegszeit einen widerlichen xenophoben Nationalismus bewahrt. Die meisten serbischen und kroatischen politischen Emigranten waren sowohl rechtsstehend als auch klerikal; in ihren neuen Ländern hatten sie auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Akzeptanz als loyale antikommunistische Bürger gefunden. Ihre Politik war gewöhnlich eine konfuse Mischung aus Klerikalismus, romantischer Geschichte, pseudowissenschaftlich-nationalistischer Ethnographie und Theorien über geheime Verschwörungen von Freimaurern, Jesuiten und Spionageagenturen. Dies alles war aufbewahrt worden wie die Fliegen im Bernstein und wurde nun den neuen antikommunistischen, nationalistischen Politikern zur Verfügung gestellt, begleitet von großzügiger Finanzhilfe, so besonders im Fall Kroatiens.

Politische Paranoia war ohnehin im früheren Jugoslawien lange populär, weithin geschürt durch die unablässigen Bemühungen der politischen Polizei und ihrer Lieblingsjournalisten, ein »Sicherheitsbewußtseins« zu schaffen, d.h. eine allgemeine Paranoia gegenüber allen Ausländern als potentiellen Spionen, und jenen gegenüber, die die politische Ordnung gefährden könnten. Was Komplotte von nicht definierten, sehr mächtigen und bösarigen fremden Kräften anging, so gab es in allen Republiken weiten ideologischen Raum für eine kulturelle Symbiose zwischen der politischen Vorstellungswelt der rechten Emigranten sowie den polizeilich inspirierten Journalisten und Publizisten. Sie paßten sehr genau zusammen und trugen dazu bei, eine bereits verunsicherte, mit dem Zusammenbruch bekannter, bequemer Glaubenssätze und sozialer und politischer Systeme konfrontierte öffentliche Meinung zu verderben und zu infizieren. Fast alles wird mit Verschwörungen, deren Opfer die eigene Nation sei, erklärt: die Verschwörer verbündeten sich mit den traditionellen nationalen Rivalen, und nötig sei daher Einheit im Kampf gegen innere und äußere Feinde.

So ist es für die serbischen Nationalisten selbstevident, daß die Albaner im Bunde mit der Weltverschwörung des islamischen Fundamentalismus stehen und daß es sie außerdem, wie immer, nach reinen serbischen Frauen gelüftet, während die Kroaten offenbar ein Auswuchs des ständigen Komplotts des Vatikans gegen das orthodoxe Christentum oder womöglich ein Part im deutschen Komplott zur Beherrschung Osteuropas spielen. Für die kroatischen Nationalisten repräsentieren die Serben die nichteuropäischen Barbarenhorden verräterischer »Byzantiner«, die darauf aus sind, die west-

liche Zivilisation und die christliche (d.h. katholische) Kultur zu zerstören.⁶ Sie sind auch von Natur aus Bolschewiken und als solche biologisch minderwertig oder mindestens unrein. (Ein populäres, von Fußball-Gangs kolportiertes Schimpfwort für Serben ist *Cigani*, Zigeuner.) Das alles läßt sich wunderbar leicht nutzen, um die Auflagen der chauvinistischen Massenpresse und den Einfluß von Fernsehen oder Rundfunk zu steigern. Es ist Identitätspolitik, auf die roheste Form reduziert, auf das »Wir« gegen »Die da«. Dabei ist solche Politik in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa nichts Ungewohntes; es ist alles eine Frage des Maßstabs. Was derartige Politiken unterschlagen, ist jede Vorstellung davon, daß Differenzen auf legitimen Meinungsverschiedenheiten und Beschwerden beruhen und Gegenstand demokratischer politischer Verfahren sein können.

Viele Belgrader Intellektuelle sind weiterhin für ein kleineres Jugoslawien, das von einem größeren und geeinigteren Serbien dominiert wird, oder einfach für ein Großserbien. Diese Ziele kann keine demokratische Regierung erreichen, insbesondere angesichts der fast einmütigen Gegnerschaft der Weltgemeinschaft. Die Wahl heißt daher: Serbische nationalistische Ziele, wie von dem Regime definiert, *oder* Demokratie. Aber der serbische Populismus stellt auch einen verzerrten kommunitären, von unten kommenden Ausdruck der zunehmenden Entzauberung dar. Das neue politische System hat erheblich an Souveränität eingebüßt und ist zum Teil zu einem ökonomischen Protektorat des IWF und der Weltbank geworden, welche die Parameter des Wiederauflebens und des Wiederaufbaus nach dem Krieg wie gewohnt diktieren werden. Die UNO-Kräfte werden versuchen, einen Frieden durchzusetzen, den die Regierungen des unabhängig gewordenen Kroatiens und Serbiens nicht bewirken können. Bosnien selbst wird ein Staat in Gefahr bleiben.

Eine demokratische Option ist jetzt in Bosnien wegen der serbischen ethnischen »Säuberung« und der kroatischen Mittäterschaft bei der faktischen Aufteilung jenes Staates nahezu unvorstellbar. Für maximalistische Ziele wurde ein erbitterter, schmutziger Krieg mit horrenden Verlusten an Menschenleben und Gütern geführt. Gewonnen hat niemand. Der Krieg war sowohl für Serbien als auch für die jugoslawische Armee ein moralisches

6 Ich kann beim besten Willen nicht begreifen, weshalb der Ausdruck »Byzantiner« beleidigend sein soll. Während des größten Teils seiner Geschichte war Byzanz weit zivilisierter, humaner und kosmopolitischer als der »Westen« seiner Zeit. Bevor sie von den Ungarn erobert wurden, hatten die katholischen Kroaten tatsächlich enge Bindungen an Byzanz. Zum Pejorativ wurde der Ausdruck wohl, als die fränkischen Kreuzfahrer eine Rechtfertigung dafür brauchten, daß sie Konstantinopel während des vierten Kreuzzuges geplündert hatten. Auf jeden Fall ist sein Wiederauftauchen in den serbisch-kroatischen Polemiken verschoben, aber das gilt ohnehin weitgehend für das gegenwärtige Arsenal an Schimpfworten.

und politisches Desaster, und in jedem demokratischen System hätten jene, die die Verursachung des Krieges *und* die derart inkompetente Kriegführung zu verantworten haben, sich nicht an der Macht halten können. Die Kroaten hingegen haben auch kaum gewonnen. Der kroatische Triumphalismus gleich nach den ersten freien Wahlen von 1990 trug dazu bei, daß der Krieg von der serbischen Minderheit in Kroatien weit massiver unterstützt wurde, als es sonst geschehen wäre. Bescheidene Zugeständnisse der kroatischen Nationalistenregierung im Frühjahr 1990 hätten die Unterstützung des Krieges in der serbischen Minderheit marginalisiert. Zur Gänze auf kroatischem Boden ausgefochten, bescherte der Krieg massive Zerstörungen und etwa 600 000 Flüchtlinge, und Kroatien verlor auf unbestimmte Zeit die tatsächliche Kontrolle über ungefähr ein Viertel seines Gebiets. Der Kriegszustand stärkte die bestehenden Neigungen zu autoritärer Präsidentenherrschaft und Medienzensur in Kroatien. Um 1992 wurden »Nacht-und-Nebel«-Mordkommandos in Kroatien und Serbien aktiv.

Als der Krieg im Frühjahr 1992 von Kroatien nach Bosnien zog, erreichten Gewaltakte und offene Kriegführung zwischen den Gemeinschaften nahezu Genozid-Ausmaße. Die meisten Opfer waren Muslime, aber alle Seiten betrieben Mord an Zivilpersonen und richteten Konzentrationslager ein, um ethnisch »reine« Kantone in der vormals musterhaft multikulturellen Gesellschaft Bosniens zu schaffen. Wiederum waren die serbischen Nationalisten die Hauptschuldigen. Eindeutige Beihilfe leisteten die Kroaten, die nicht nur (wie die Serben) zweimal soviel Gebiet an sich rissen, wie ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprochen hätte, sondern auch offen mit den Serben darin übereingekommen sind, daß jedes »unitäre«, d.h. nicht in Kantone geteilte Bosnien unannehmbar wäre. Serbische und kroatische Nationalistenführer in Bosnien lehnen die Idee eines auf die Bürgerrechte - statt auf die Rechte von ethnischen oder nationalen Gruppen - gegründeten Staates ab. Aufteilung ist somit die einzige Antwort, und eine ethnisch begründete Aufteilung kann nicht ohne Zwangsumsiedlungen vollzogen werden. Bauern verlassen ihre angestammte Heimat nicht bereitwillig. Die Kantonisierung Bosniens und die Schaffung »reiner« Nationalstaaten führen direkt zu Massakern, Greueln, Plünderungen, Massenvergewaltigungen und KZs als Instrumenten einer neuen demographischen Politik. Waren die serbischen Nationalisten die schlimmsten Übeltäter, so gab es auch Massenumsiedlungen von Serben aus Kroatien und Bosnien, die Hunderttausende Menschen zu Flüchtlingen machten.

Wurde irgendwie den echten Beschwerden und Unsicherheiten der betroffenen Völker entsprochen? Sind die Kroaten unabhängiger und wohlhabender als zuvor in der jugoslawischen Föderation? Ein Viertel ihres Staates steht unter unbefristeter internationaler Treuhandschaft und Kontrolle,

gestützt von einem stets wachsender und mißtrauischer werdenden deutschen Sponsor, der ihr Verhalten in Fragen der Menschen- und Minderheitenrechte überwacht. Die internationale Hilfe kann die massiven Zerstörungen durch die Armee und den Verlust der gesamtjugoslawischen Märkte bei weitem nicht wettmachen. Die slowenische Unabhängigkeit wurde um einen geringeren Preis errungen, weil die Region sehr davon profitierte, der wirtschaftlich höchstentwickelste Teil zu sein. Die Serben sind in Kosovo trotz, oder größtenteils eher wegen ihrer Repression der Albaner weniger sicher. Sie haben gewiß guten Grund, sich in Kroatien und Bosnien-Herzegowina weniger sicher als je seit 1945 zu fühlen. Die selbstgewisse Art, in der serbische Politiker auftreten und sich auf die nationale Brust klopfen, hat sämtliche Nachbarn verschreckt und gegen sie aufgebracht, so auch etliche ihrer montenegrinischen Vettern. Makedonien verheißt die Unabhängigkeit eine Menge ökonomischer Härten und politischer Leiden und absolut keine Verbesserung, weder der sehr realen kulturellen und politischen Selbstverwaltung, die es seit Jahrzehnten besaß, noch der ohnehin angespannten Wirtschaftslage. Die Leiden der Albaner sind das zweifache Ergebnis der erbarmungslosen serbischen Repression und einer auf Konfrontation ausgehenden Führung, die es nicht verstand, die von den ersten freien Wahlen gebotenen politischen Freiräume zu nutzen. *Schlechter* als die Situation der Albaner in Kosovo ist nur noch die Situation der Albaner *in Albanien*. Auf jeden Fall ist die Legitimität der neuen, aus dem Schiffbruch hervorgegangenen Regierungen durch die Tatsache, daß die Beendigung des Krieges massives Intervenieren der internationalen Gemeinschaft erforderte, einschneidend begrenzt. Die Rechtssysteme und die Achtung der Menschenrechte in diesen kleinen, schwachen und abhängigen Staaten werden nun, statt von ihren eigenen Parlamentsausschüssen, von zurecht mißtrauischen internationalen Agenturen überwacht werden. Ihre Ökonomien werden von internationalen Finanzinstitutionen beaufsichtigt werden, statt von eigenen Wirtschaftsorganen und Ministerien; Gesetzlichkeit und Ordnung werden in weiten Gebieten unter Direktkontrolle der UNO-Kräfte stehen, und die politischen Systeme werden zunehmend direktem Druck der Europäischen Gemeinschaft ausgesetzt sein. Man könnte - so wie ich - denken, daß dieser äußere Druck insbesondere in Menschenrechtsfragen nur zum Guten ist. Klar ist jedoch, daß die Macht der Bürger, ihre eigenen Gesellschaften und Gemeinschaften zu lenken, erheblich reduziert wurde. Dies alles war das Ergebnis von Kämpfen um eine vermeintlich *stärkere nationale Unabhängigkeit* als sie im alten, locker föderierten jugoslawischen Staat gegeben war. Die neuen Staaten nehmen mehr Einmischungen in ihre eigenen Angelegenheiten und mehr Einschüchterungen durch Nachbarstaaten hin, als sie je im Traum für möglich gehalten

hätten. Der ethnische Nationalismus, ein wesentlich kommunitärer Impuls, führt zur Bildung von noch hilfloseren politischen Entitäten. Wie kann der Bürger auf ein politisches System einwirken, das von fernen, fremden und nicht zugänglichen Kräften und ihren Entscheidungen abhängt?

Wer auch immer für den Tod Jugoslawiens verantwortlich ist - diese Tat ist nun eine historische Realität. Den alten Bundesstaat gibt es nicht mehr, ungeachtet der rechtlichen und diplomatischen Fiktionen, die sich erfinden lassen. Sein Ableben hinterläßt viele Waisen, nicht zuletzt die Millionen Abkömmlinge gemischter Ehen und diejenigen, die sich einfach als »Jugoslawen« empfanden; aber das Experiment ist vorerst vorbei. Festzuhalten wäre, daß die kommunistischen Herrscher die Bevölkerung nie ermutigt haben, bei Volkszählungen für eine »jugoslawische« Identität einzutreten. Für jene Identität zu optieren, galt ganz im Gegenteil als Verstoß gegen die offizielle Politik, die Jugoslawien als eine Art Schweiz ansah, ohne »schweizerische« Nationalität, wohl aber mit Loyalitäten gegenüber Nationen und Kantonen (Republiken), die sich zu einer gemischten jugoslawischen Identität addierten. Jene Identität war daher primär *politisch*. »Jugoslawe« zu sein, hieß Mitglied einer nationalen Gruppe zu sein, die Bestandteil einer Föderation theoretisch gleichgestellter Nationen war. Dieser Staat spielte eine erhebliche Rolle in der Nichtpaktgebundenen-Bewegung und bewahrte Unabhängigkeit von beiden großen Supermächten. Eine weitere Dimension jener Identität hing mit den schon erwähnten Experimenten in Dezentralisierung und Selbstverwaltung zusammen, die sämtlich tot und passé sind.

Es stellt sich die Frage, welche anständige und machbare, wenn auch längst nicht vollkommene, Zukunft sich nach diesem Desaster abzeichnen könnte. Wesentlich ist dabei, daß die Grenzen zwischen den neuen Nationalstaaten *absolut* unverletzlich und zugleich nicht allzu schrecklich gewichtig für das Leben der meisten Leute und das Funktionieren der meisten Institutionen und Transportnetze sein müssen. Bestehende Grenzen sollten aus zwei sehr wichtigen Gründen beibehalten werden. Der erste ist, daß jeder Versuch, Grenzen neu zu ziehen, zu militärischem Konflikt führen würde. Der zweite, noch wichtigere ist, daß solche Ansätze längs »ethnischer« Linien nicht nur zum Scheitern verurteilt sind, sondern auch zwei tödliche Mythen verstärken: daß es *möglich* sei, Grenzen so zu ziehen, daß ethnisch »reine« nationale Entitäten entstehen, und daß das *wünschenswert* sei. Beide Mythen entspringen dem Wunsch, ethnische Nationalstaaten zu schaffen, nicht aber einen Staat aller seiner Bürger. Da bloße Grenzveränderungen (angesichts der demographischen Realitäten des früheren Jugoslawiens) nie zu nationaler Homogenität führen können, muß eine Politik, die versucht, eth-

nisch kompakte Staaten zu schaffen, notwendigerweise mit massiven wechselseitigen Zwangsumsiedlungen einhergehen. Das ist in der Tat die Folgerung, die viele serbische und kroatische Nationalisten ziehen. Statt dessen sollte man systematisch ethnische und nationale Symbole von denen eines Staates entkoppeln, der der Staat aller Bürger und Steuerzahler zu sein hätte. Deshalb ist es reaktionär und tyrannisch, wenn »demokratische« serbische Politiker auf die Rückkehr zur Monarchie und auf staatliche Sonderbeziehungen zur serbisch-orthodoxen Kirche pochen. Dies symbolisiert nur eine serbische Einheit, aber die Bevölkerung des Staates Serbien ist zu einem Drittel weder serbisch-orthodox noch den Symbolen des serbischen Königtums verbunden. Genau darum müssen die kroatischen Demokraten akzeptieren, daß man ein demokratisches Kroatien aller seiner Bürger nur haben kann, wenn es nicht nur der Staat der Kroaten ist. Kein Manipulieren der Grenzen wird die demographischen Realitäten verändern. Massive Vertreibung von Minderheitspopulationen könnte dies zwar erreichen, würde aber Kroatien zu einem internationalen Paria machen. So sollte die Grenze intakt gelassen werden, und die aus den Kriegszonen geflüchtete Bevölkerung sollte allmählich zurückkehren dürfen.

Ein zweiter Schritt könnte sein, eine Freihandelszone zu bilden, möglichst untermauert durch eine Zollunion. Tatsache ist, daß Industrie und Dienstleistungen im früheren Jugoslawien weitaus stärker verflochten waren, als man dachte. Eine gemeinsame Währung ist nicht zu erhoffen, aber an irgendeinem Punkt wird sie oder wenigstens eine ohne weiteres austauschbare Währung nötig sein. Auch werden unabhängige Schlichtungs- und Rechtskommissionen, vielleicht unter den Auspizien der EG, nötig sein, um einseitige Konfiskationen wegen zugefügter Kriegsschäden zu vermeiden. Solche unabhängigen Gremien sollten für Menschenrechtsfragen und als Ort gebildet werden, an dem die zahlreichen Rechtsfälle zwischen Bürgern nunmehr separater Staaten geregelt werden könnten. Alle sollten einen Nichtangriffsvertrag abschließen, dies auch als Versuch, zwei herausragende Fragen, die »entgiftet« werden müssen, zu bewältigen. Die eine ist die Notwendigkeit, den Anspruch ehemaliger Soldaten auf Rückkehr in ihre Häuser und Wohnungen oder ansonsten auf Entschädigung zu gewährleisten. Das käme einer Regelung der Hauptbeschwerde der alten jugoslawischen Armee weit entgegen. Die andere Frage ist, wie die Hardware der alten Armee angemessen unter den Staaten aufgeteilt und dabei gleichzeitig für Pensionen gesorgt werden soll. Die Idee wäre, die Armee nicht mehr als selbständiges »Schurken«-element auf der politischen Bühne zu belassen und vielleicht sogar den Gedanken an das gesamte Gebiet als militärfreie Zone zu reaktivieren, was die Zivilgesellschaft wie auch die Demokratie erheblich sicherer machen würde. Man könnte sie

durch so etwas wie freiwillige »Jugendbrigaden« für den Wiederaufbau in kriegsgeschädigten Gebieten ersetzen. Es ist ein Fehler, das idealistische Potential zu unterschätzen, und ich vermute, daß ein solches Projekt massenhaft von Freiwilligen unterstützt würde, wenn verhindert werden kann, daß die Nationalisten und politischen Soldschreiber dazwischengehen.

Ein moderner Menschenrechtskodex, versehen mit tauglichen Sanktionen, sollte ausgehandelt und gemeinsam beschlossen werden. Das würde oder sollte den neuen Staaten weitgehend zusichern, daß Angehörige »ihrer« Nation selbst als Minderheit in dem Staat, in dem sie leben, Schutz genießen. Solch ein Kodex sollte auch kulturelle Autonomie und das Recht vorsehen, im Kontakt mit nationalen Kultureinrichtungen in anderen Staaten zu bleiben. Legitime Sorgen um die Lage der Kroaten in der Wojwodina und in Montenegro, der Serben in Bosnien und Kroatien und der Muslime in Serbien und Montenegro würden sich legen. Der Schutz individueller wie kollektiver Rechte würde gewährleisten, daß all dies nicht nur Gelegenheit zum Austragen von Stammeszwist bietet. Im Augenblick mache ich mir um die individuellen Menschenrechte mehr Sorgen als um die stärker sichtbaren ethnischen »Gruppen«-rechte. Erstere lassen sich um vieles leichter verletzen und als innere Angelegenheiten abtun. Ethnische Organisationen und Gewerkschaften könnten zur Verteidigung der Menschenrechte mobilisiert werden; für sie wäre es selbstverständlich, über die neuen Staatsgrenzen hinweg zu kooperieren, weil sie das in der übrigen Welt bereits tun.

Mit der Zeit würden manche konsularische und diplomatische Dienste gemeinsam ausgeübt werden. Angesichts der großen Anzahl von gemischten Familien und Freundschaftsnetzwerken ist es vernünftig zu erwarten, daß Visa und Pässe zwischen diesen neuen Staaten abgeschafft werden sollten, so daß Freizügigkeit (wenn nicht Wohnsitzwahl) für Bürger aller Staaten in alle Staaten erlaubt wird. Manche, wenn nicht alle dieser Staaten könnten in naher Zukunft ihren Bürgern wechselseitig das Recht gewähren, zu arbeiten, zu wohnen und Pensionen wie auch Krankenversicherungsleistungen zu beziehen. Es wäre auch sinnvoll, die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen, Zulassungen und Versicherungsabschlüssen auszuarbeiten. Kurz, die Beziehungen zwischen Staaten und Bürgern müßten nicht viel anders sein als in den Benelux- oder skandinavischen Länder, die, das sei betont, bei all ihren kooperativen Vereinbarungen doch zweifellos souveräne und vollkommen unabhängige Länder sind. Dies, so scheint mir sehr, wären vernünftige Ziele für den vormals jugoslawischen Raum.

Inhalt bekäme eine lockere Assoziation durch ausgedehnte und systematische Kontakte zwischen Bürgern, Berufsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien. Und hier kommt das skandinavische Modell ins Spiel.

Es gibt allen Grund zu erwarten, daß eine enge Kooperation zwischen den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften aus allen Einzelstaaten institutionalisiert werden könnte, ebenso ein noch loserer Verbund der liberaldemokratischen Parteien, der konservativen Parteien usw. Enge wechselseitige Unterstützung ist unter Gewerkschaften normal und hat bereits zwischen einigen Staaten begonnen. Selbst auf dem Höhepunkt des Krieges in Kroatien und Bosnien sind Demokraten und Gewerkschafter zusammengekommen und haben versucht, neue Bande zu knüpfen.

Schließlich, aber nicht zuletzt müssen systematische Bemühungen unternommen werden, um die Informationsblockade zu brechen, die den Bürgern der separaten neuen Staaten, besonders aber Kroatiens und Serbiens, aufgezwungen wurde. Presse, Rundfunk und Fernsehen müssen offen gestaltet und von direkter und indirekter Zensur und Domination seitens der Regierungsparteien befreit werden. Sobald sich das gegenwärtige xenophob-nationalistische Fieber gelegt hat, wird zunehmend klarwerden, wie viel verlorengegangen ist, wie ähnlich die Probleme sind, vor denen die Menschen in den neuen separaten Staaten stehen, und wie wichtig eine gewisse Kooperation sein wird, wenn die Arbeit am Wiederaufbau einer lebensfähigen Wirtschaft und Gesellschaft beginnen soll.

Gibt es Kräfte, die für solch ein Programm kämpfen könnten? Ist es vielleicht nur Wunschdenken wurzelloser Intellektueller, die sich nach einem stärker kosmopolitischen Jugoslawien zurücksehnen? Nein. Zunächst hat die ethnische Mobilmachung nur sehr flache Wurzeln.⁷ Jugoslawien hat

7 Der moderne Nationalismus folgt nicht nur in Jugoslawien und im übrigen Osteuropa den Regeln einer seltsamen und verschlungenen Logik, die zuweilen ausdrücklich antirational und antimodern ist. In den 20er Jahren kannten sich viele nationalistische Hardliner in Europa in dieser Dimension des Nationalismus recht gut aus. Sie glänzten darin und fanden besonderen Gefallen an autoritären und charismatischen Nationalistenbewegungen, die auf Jungsche Symbole und das Führerprinzip schworen. Der frühe italienische Faschismus war der klassische Prototyp dieser nationalen Wiedergeburt-Bewegungen. Der Nationalismus ist eine Sache der Leidenschaften und Emotionen und daher nicht rational. Er wird empfunden und geglaubt, nicht kühl analysiert. Überdies ist er zutiefst undemokratisch, weil unzugänglich für Kompromisse und das Aushandeln, die im Mittelpunkt moderner demokratischer Politik stehen. Wenn er sich regt, wird er auch zum Hindernis für den Aufbau der »kühlen und rationalen« föderativen oder konföderativen Staaten, von denen die Funktionsfähigkeit demokratischer Vereinbarungen in Vielvölkerstaaten wesentlich abhängt. Das ist ganz entschieden nicht nur ein Problem für die Staaten des früheren Jugoslawiens oder der früheren Sowjetunion. Ebenso wenig ist es ein nur mit ökonomischer Rückständigkeit und politischer »Prämodernität« zusammenhängendes Problem, obwohl es zutrifft, daß Nigeria, Äthiopien und Indien das Vielvölker-Problem bald weitaus traumatischer zu spüren bekommen können als Kanada, Spanien und - ja wohl auch - die Vereinigten Staaten. Wie man in einem Klima erwachender Nationalismen in Vielvölkerstaaten demokratisch leben kann, wird zum politischen Hauptproblem des 21. Jahrhunderts werden. Das zweite Problem wird wahrscheinlich sein, wie man eine sinnvolle, pluralistische Demokratie und eine wirksame Beteiligung der Bürger in Staaten aufrechterhalten kann, die auf immer mehr Lebensbereiche ihrer Bürger immer weniger Ein-

eine sieben Jahrzehnte umfassende Geschichte, darunter fast fünf unter kommunistischer Herrschaft. Eine weitreichende kulturelle und ökonomische Integration wurde erreicht. In Bosnien und an den Grenzen der Krajina gab es wiederholt Fälle von Verbrüderung zwischen kroatischen und serbischen Soldaten (einige habe ich miterlebt). Die ethnischen Stereotype sind großenteils oberflächlich und nicht sehr überzeugend angesichts der tiefen Ähnlichkeiten zwischen den Kämpfenden, Völkern, die dieselbe Sprache sprechen und ein Jahrtausend lang denselben Raum geteilt haben. Der neue Antikommunismus geht auch nicht unter die Haut. Außer in rechten Kreisen herrscht in der Tat ein Verlangen nach der »guten alten Tito-Zeit« mit sicheren Arbeitsplätzen, steigenden Einkommen, Ordnung und Sicherheit und einer gewissen Offenheit. Und letztendlich sind die Realeinkommen in Kroatien, Serbien und Bosnien um 600-800 D-Mark auf gut unter einhundert gesunken. Das ist eine ökonomische Katastrophe. Die Pensionen wurden halbiert. Bereits unzulängliche Sozialleistungen werden ständig gekürzt. Es gibt zwei Millionen Flüchtlinge. Jede(r) vierte in Kroatien, jede(r) fünfte in Serbien und jede(r) dritte in Bosnien ist heute Flüchtling. Weitere ethnische Kriegszüge stehen jetzt in Kosovo und in den muslimischen Gebieten Serbiens auf der Tagesordnung. Das bedeutet, daß auch scharf gegensätzliche Rechts- und Links-Politiken auf der Tagesordnung stehen. Es ist ganz und gar nicht klar, wer siegen wird. Das »vernünftige« Szenario, das ich umrissen habe, beruht auf der Vorstellung, daß die breite, sich auf Klassen stützende Linke mehr Ressourcen und mehr Resonanz im Gedächtnis und in der residuellen Politik der Völker Kroatiens, Bosniens und Serbiens hat. Sie hat auch kleine Parteien in all diesen Staaten, Parteien, die lockere Netzwerke und gemeinsame Projekte behalten haben. Sie stellen die Regierung in Makedonien und Slowenien, die Opposition in Kroatien, Bosnien und im neuen »Jugoslawien«. Sie erhalten weitgehende Unterstützung von früher dissidenten Intellektuellen und demokratisch-kommunistischen Reformern. Vor allem haben sie Rückhalt bei der Jugend, die gegen den Krieg ist, und bei den zunehmend militanten und erbitterten gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Das Schicksal dieser Bewegung hängt von der Unterstützung durch die europäische Linke, mehr noch von ihrer eigenen Courage gegenüber Repression und Todesschwadronen ab. Sie repräsentiert eine Hoffnung und Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt, und das ist so viel, wie nur irgendjemand in Osteuropa je wirklich gehabt hat.

fluß haben; wie Demokratie, Gleichstellung und Gemeinschaftlichkeit mit den supranationalen Institutionen zu kombinieren wären, die sich mit den ökologischen und global-ökonomischen Ungleichheiten befassen, das heißt mit Krieg und Frieden in der einen Welt, die wir alle teilen.